

Methoden üben: Pro und Kontra diskutieren

Volksentscheide auf Bundesebene?

Philipp:

„Alle Staatsmacht geht vom Volke aus, so steht es im Grundgesetz. Hierzulande ist geregelt, dass wir alle paar Jahre Vertreter einer Partei ins Parlament wählen, die dort unsere Interessen vertreten sollen. Doch reicht es wirklich, alle möglichen Angelegenheiten von den gewählten Parlamentariern bestimmen zu lassen?

In Deutschland wäre eine direkte Demokratie zugegebenermaßen recht schwer umzusetzen. Bei der Vielzahl an politischen Abstimmungen und den rund 60 Millionen wahlberechtigten Bürgern wäre sie nicht nur mit einem großen organisatorischen Aufwand verbunden, sondern auch kostspielig.

Gleichwohl sollte es dem Bürger möglich sein, politisch direkter mitzureden, nämlich in Form von Volksentscheiden auf Bundesebene. Auf kommunaler Ebene sind Volksentscheide schon weit verbreitet. Die Abwahl des Duisburger Oberbürgermeisters Adolf Sauerland, der für die Katastrophe bei der Loveparade 2010 verantwortlich gemacht wurde, oder die Zustimmung zum Tiefbahnhof Stuttgart 21 waren Volksentscheide, die auch bundesweit für Aufsehen sorgten.

Durch Volksentscheide auf Bundesebene hätten die Bürger intensiver Teil am politischen Leben, die Akzeptanz politischer Entscheidungen würde erhöht. Politiker wären gezwungen, genauer auf das zu hören, was die Mehrheit der Bürger will.

Kritiker von Volksentscheiden führen immer wieder ins Feld, die Demokratie würde durch sie gefährdet und politische Rattenfänger hätten leichtes Spiel. Schaut man sich allerdings in Europa um, so zeigt sich, dass es in vielen Ländern – von Schweden über Frankreich bis in die Schweiz – Volksentscheide gibt, ohne dass diese das politische System gefährdet hätten.

Vielmehr würde durch Volksabstimmungen auf Bundesebene der vielfach beklagten Politik(er)verdrossenheit entgegengewirkt und das Bewusstsein erhöht, die Gesellschaft mitgestalten zu können. Gerade auch bei Themen höchster Wichtigkeit, wie aktuell bei der Energiewende oder den Finanzhilfen für Griechenland, sollten die Bürgerinnen und Bürger – nach umfassender Aufklärung über Folgen der Entscheidungsmöglichkeiten – abstimmen dürfen. Schließlich entscheidet sich darüber in erhöhtem Maße unser aller Zukunft.“

Vicky:

„Stuttgart 21 oder der Ausstieg aus der Atomkraft – diese Themen haben in der deutschen Bevölkerung für Diskussionen gesorgt und die Rufe nach mehr „direkter Demokratie“ laut werden lassen. Nicht die Politiker, sondern die Bürger sollen wichtige politische Entscheidungen treffen, so die Forderung. Der Weg dorthin führt über sogenannte Volksentscheide. Die Idee klingt gut, schadet aber unserer Demokratie.

Wer die Volksentscheide als Medizin für die Politikverdrossenheit und Verbesserung unserer Demokratie sieht, sollte sich den Beipackzettel mit den Nebenwirkungen durchlesen. Denn die sind nicht ganz ohne. Nach den schlechten Erfahrungen mit Volksentscheiden während der Weimarer Republik haben die „Väter“ des Grundgesetzes 1949 aus gutem Grund auf direktdemokratische Elemente weitgehend verzichtet. Unsere Demokratie ist auf dem Prinzip der Repräsentation aufgebaut. Wir wählen denjenigen, der unsere Ansichten vertritt. Durch die Wahl geben wir in gewisser Weise Verantwortung an Politiker ab, die sich somit über komplizierte Sachverhalte den Kopf zerbrechen sollen.

Dem Durchschnittsbürger fehlt es oft am nötigen Fachwissen. Volksentscheide auf Bundesebene würden aber diese Kompetenz des Bürgers voraussetzen. Geübte Populisten und „Rattenfänger“ würden durch Volksentscheide an Einfluss gewinnen, ihre einfachen Botschaften würden eine sehr viel breitere Wirkung entfalten, als dies heute möglich ist.

An den Volksentscheiden beteiligen sich in der Regel nur diejenigen, die von der jeweiligen Thematik betroffen sind. Volksentscheide spiegeln also nur vor, sie würden die Meinung des Volkes wiedergeben. Es besteht vielmehr die Gefahr, dass gut organisierte Minderheiten der Mehrheit ihre Meinung aufzwingen. Volksentscheide wären überhaupt nur dann auf Bundesebene sinnvoll, wenn sie von einer öffentlichen Debatte begleitet werden, wenn der Bevölkerung also die Chance gegeben würde, sich im Vorfeld ausreichend zu informieren. Zwar spiegeln Volksentscheide die Volkssouveränität wider, dennoch darf nicht jede politische Frage durch sie entschieden werden.“

Schekker – das Jugendmagazin!

<http://www.schekker.de/content/pro-contra-volksentscheide-auf-bundesebene> (Zugriff 20.02.2013)

1. Folgende Fragestellung haben wir gewählt:

2. Ergebnis der Erstabstimmung:

Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die dafür sind: _____

Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die dagegen sind: _____

3. Der Standpunkt unserer Gruppe lautet:

• Argumente, die dafür sprechen:

• Mögliche Gegenargumente:

4. Der/die Sprecher/-in unserer Gruppe ist:

5. Der/die Diskussionsleiter/-in unserer Gruppe ist:

6. Diese Schüler/-innen vertreten unsere Gruppe während der Diskussion:

Die Beobachter/-innen unserer Gruppe sind:

7. Notizen während der Diskussion:

8. Wir haben folgende Fragen an die Vertreter/-innen der Gegenposition:

9. Ergebnis der zweiten Abstimmung:

Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die dafür sind: _____

Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die dagegen sind: _____

10. Mögliche Gründe, warum sich die Meinungen geändert haben:

Mögliche Gründe, warum die Meinungen gleich geblieben sind:
